Positionspapier der komba gewerkschaft zur Sicherheit und Gewaltprävention im Feuerwehr- und Rettungsdienst

Einleitung:

Die Kräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes sind immer da, wenn Hilfe benötigt wird. Sie bekämpfen Brände, bergen Unfallopfer und retten Menschenleben. Leider sind Einsatzkräfte immer häufiger Aggression und Gewalt ausgesetzt. Verbale wie tätliche Angriffe sind keine Seltenheit mehr. Dieser Entwicklung muss nach Ansicht der komba gewerkschaft entgegengewirkt und ein besserer Schutz für Feuerwehr- und Rettungsdienstkräfte durch den Dienstherrn gewährleistet werden.

Nach dem Arbeitsschutzgesetz hat der Arbeitgeber/Dienstherr die Verantwortung, für die Sicherheit und Gesundheit seiner Beschäftigten/Beamten zu sorgen. Dazu gehört, anhand von Gefährdungsbeurteilungen Gefahren zu erkennen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten und stetig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Von den Arbeitgebern/Dienstherren müssen deshalb Maßnahmen ergriffen werden, damit die Beschäftigten/Beamten in der Lage sind, verbale und körperliche Attacken unbeschadet zu bestehen.

Um die Quantität und Qualität des Phänomens Gewalt gegen Einsatzkräfte besser analysieren zu können ist auf Initiative der komba gewerkschaft eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die aus Vertretern des Innenministeriums, den kommunalen Spitzenverbänden, der ABGF, der AGHF, der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen und dem Verband der Feuerwehren NRW besteht. Ein erstes Ergebnis dieser Arbeitsgruppe ist die Finanzierung eines Forschungsvorhabens, das Anfang 2017 erste Ergebnisse aus einer Befragung mit rd. 4.000 Einsatzkräften und eine daraus folgende wissenschaftliche Bewertung des Gewaltphänomens bringen soll. In die Betrachtung werden nicht nur die Rettungsdienste sondern auch die Feuerwehren und die vielen ehrenamtlichen Einsatzkräfte mit einbezogen.

komba gewerkschaft

Forderungen der komba gewerkschaft:

- Die Beschäftigten und Beamten im Feuerwehr- und Rettungsdienst müssen besser auf konfliktträchtige Situationen vorbereitet werden. Dazu sollen die Fähigkeiten zur Früherkennung potentieller Aggression- und Gewaltsituationen verbessert werden. In diesem Rahmen ist auch das Erlernen von Deeskalationstechniken zum gezielten Abbau von Aggressionen notwendig. Ebenso müssen Maßnahmen zur Eigensicherung der Einsatzkräfte vermittelt werden. Darüber hinaus sollten Schulungen zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz angeboten werden.

- Bei besonderen Einsatzlagen, wie z. B. großen Fest-, Kirmes- und Karnevalsveranstaltungen, Silvester oder Fußballspielen sind die Führungskräfte aufgefordert, das dort eingesetzte Personal möglichst frühzeitig auf die besonderen Bedingungen vorzubereiten. Dazu gehört, dass im engen Kontakt mit der Polizei Konzepte entwickelt werden, wie Einsatzkräfte des Rettungsdienstes nicht in Gefahrenbereiche gelangen.

- Unabhängig von derartigen besonderen Einsatzlagen ist das Leitstellenpersonal zu sensibilisieren, damit bei Notrufen mögliche Gefahrensituationen erkannt, Einsatzkräfte auf den jeweiligen Fahrzeugen informiert und Hilfe durch die Polizei angefordert wird.

- Bei Übergriffen auf Einsatzkräfte sollen diese einen verschlüsselten Notruf über Funk oder Handy absetzen können, der eine schnelle Alarmierung von zusätzlichen Einsatzkräften und Polizei zum Schutze der angegriffenen Kräfte ermöglicht.

- Die komba gewerkschaft lehnt den Einsatz von Schlagstöcken oder Pfefferspray durch die angegriffenen Einsatzkräfte ab, da dadurch u. U. weitere Aggressionen entstehen können. Auch der Einsatz von Schutzwesten für Einsatzkräfte wird abgelehnt, weil dadurch u. U. eine falsche Sicherheit suggeriert wird und die Bewegungsfreiheit im Einsatz eingeschränkt werden kann.

- Im Falle eines Angriffs gegen Einsatzkräfte muss nach Auffassung der komba gewerkschaft der Eigenschutz der Beschäftigten und Beamten vorgehen. In diesen Fällen muss es den Einsatzkräften ermöglicht werden, den Einsatz abzubrechen und sich vom Gefahrenort zurückzuziehen. Gleichzeitig müssen sich Arbeitgeber und Dienstherren schützend vor ihre Beamten und Beschäftigten stellen, sollten sie wegen unterlassener Hilfeleistung strafrechtlich verfolgt werden.

komba gewerkschaft

- Die komba gewerkschaft fordert die Arbeitgeber und Dienstherren auf, jeden Angriff gegen Beschäftigte und Beamte im Feuerwehr- und Rettungsdienst strafrechtlich verfolgen zu lassen. Die Staatsanwaltschaften sollen dazu die entsprechenden Verfahren vor den Gerichten eröffnen. Ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung wird dabei unterstellt. Die Täter müssen unbedingt zeitnah zur Rechenschaft gezogen werden.

- Um einen besseren Überblick über das Ausmaß der Gewalt gegen Beschäftigte und Beamte im Einsatzdienst zu erhalten, sollen standardisierte Meldebögen zur Aufnahme von verbalen und tätlichen Angriffen gegen Einsatzkräfte erstellt werden. Diese sind von den Dienstherrn zur Verfügung zu stellen. Die komba gewerkschaft bietet hierzu Muster an.

Alle zuvor geschilderten Maßnahmen und Forderungen müssen das Ziel haben, einen besseren Schutz von Einsatzkräften im Feuerwehr- und Rettungsdienst zu erreichen. Sie wollen helfen und dürfen nicht zur Zielscheibe von Angreifern werden.

Köln, den 15.11.2016

V.i.S.d.P.: Eckhard Schwill, Justiziar der komba gewerkschaft nrw, Norbertstr. 3, 50670 Köln

komba
gewerkschaft